

Konfliktfeld Deutschland: Die Zukunft der Bevölkerung

FORSCHUNGSINSTITUT DER BRITISH AMERICAN TOBACCO
VERÖFFENTLICHT NEUE REPRÄSENTATIVSTUDIE

Seit seiner Gründung im Jahre 1979 erforscht das B.A.T. Freizeit-Forschungsinstitut systematisch und kontinuierlich die Lebensbedingungen in Deutschland. So sind die Forschungsstudien „Wie leben wir nach dem Jahr 2000?“ (1988), „Freizeit und Lebensqualität. Perspektiven für Deutschland“ (1993) und „Deutschland 2010“ (1997 und 2001) entstanden. Mit der Veröffentlichung der vorliegenden Untersuchung „Konfliktfeld Deutschland. Die Zukunftssorgen der Bevölkerung“ weist das Forschungsinstitut erneut Wege in die Zukunft. Konfliktlinien und mögliche Spannungsfelder von morgen werden aufgezeigt, die heute noch politisch steuer- und gestaltbar sind.

LEBENSQUALITÄT IN DEUTSCHLAND: ABSCHIED VOM IMMER-MEHR

Die Deutschen müssen Abschied nehmen vom Immer-Mehr, insbesondere die Westdeutschen: In den letzten zehn Jahren ging der Anteil der Westdeutschen, die glaubten, es ginge ihnen „besser als früher“ von 42 (1992) auf 33 Prozent (2002) zurück. Die Gruppe der Wohlstandsverlierer ist größer geworden. Immer weniger können in gewohntem Wohlstand zwischen Ausgehen, Shopping und Urlaubsreise so weiterleben wie bisher. Der Wohlstandsgraben zwischen West und Ost ist geblieben, allerdings gingen die Wohlstandseinbußen - so die Einschätzung der Bevölkerung - mehr zu Lasten der Westdeutschen. Dies geht aus der neuen Forschungsstudie des Freizeit-Forschungsinstituts der British American Tobacco hervor, in der 2.000 Personen ab 14 Jahren in Deutschland nach ihrer heutigen Lebensqualität und ihren Zukunftssorgen befragt wurden.

Herausgeber

BAT Freizeit-Forschungsinstitut GmbH
Alsterufer 4
20354 Hamburg

Wissenschaftlicher Leiter

Prof. Dr. Horst W. Opaschowski

Kontakt

Dr. Ulrich Reinhardt
Telefon (040) 4151-2448
www.bat.de
freizeitforschung@bat.de

„Viele Bundesbürger in Ost und West müssen sich mit stagnierenden oder gar sinkenden Einkommen sowie Wohlstandsverlusten abfinden“, so Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, der Leiter des Instituts. „Der Traum vom Wohlfühlen im warmen Bad des westlichen Wohlstands ist insbesondere für viele Bürger in den neuen Bundesländern nicht in Erfüllung

gegangen.“ Nur 16 von 100 Ostdeutschen waren zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung der Meinung, den meisten Menschen ginge es besser als früher. An dieser Bewertung hat sich auch heute – ein Jahrzehnt später – nichts geändert.

Die Lebensqualität gehört zu den zentralen Werten einer Gesellschaft. Für die Politik müssen daher Informationen über Lebensqualität und Lebenszufriedenheit der Bürger von fundamentaler Bedeutung sein. Opaschowski: „Es kann sicher nicht Aufgabe des Staates sein, jedem Bürger ein sorgenfreies Leben zu garantieren, was gesellschaftlich weder möglich noch wünschenswert wäre. Denn wahrgenommene Defizite stellen eine wichtige Antriebskraft für sozialen Wandel dar. Die erreichte Lebensqualität muss bei der Bevölkerung allerdings auch ‚ankommen‘ bzw. subjektiv wahrgenommen werden.“ Nur dann kann sich Lebenszufriedenheit oder Bereichszufriedenheit (z.B. in Bezug auf Arbeit, Freizeit, Bildung, Gesundheit) einstellen. Im Idealfall stimmen objektive Bedingungen der Gesellschaft und subjektive Bewertungen der Bürger überein.

KONFLIKTFELD DEUTSCHLAND: SOZIALE SPANNUNGEN ALS ZÜNDSTOFF FÜR DIE ZUKUNFT

Die ungleiche Verteilung des Wohlstands kann künftig für große Konfliktpotenziale sorgen: Steuerzahler wenden sich konfliktreich (28%) von Sozialhilfeempfängern ab oder grenzen diese aus. Sozialhilfeempfänger sehen sich in Zukunft verstärkt Diskriminierungen und Rechtfertigungszwängen ausgesetzt. Auch Arbeitslose werden sich stärker gegenüber Arbeitnehmern bzw. „Arbeitsbesitzern“ erklären müssen. Fast jeder fünfte Bundesbürger (19%) erwartet hier für die Zukunft spannungsreiche Auseinandersetzungen. Insbesondere die Ostdeutschen (27% – Westdeutsche: 17%) befürchten sehr starke Konflikte zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen. Opaschowski: „Arbeitslose werden sich also doppelt rechtfertigen müssen - im privaten Bereich gegenüber Familie, Freunden und Nachbarn und im öffentlichen Bereich gegenüber Er

werbstätigen, die das Gefühl haben, immer mehr arbeiten und leisten zu müssen.“

Als größten Gefährdungsfaktor für den sozialen Frieden in Deutschland sieht die Bevölkerung derzeit den Konflikt zwischen Ausländern und Einheimischen an. Gut ein Drittel der Deutschen (37%) erwartet hier für die Zukunft „sehr starke Konflikte“. Vor allem Familien mit Jugendlichen äußern hier große Befürchtungen (46%). An ein völlig konfliktfreies Zusammenleben der beiden Gruppen glaubt nur jeder zehnte Deutsche (10%). Alle anderen erwarten, dass sich in dieser Beziehung die Konflikte verschärfen werden. Ähnlich spannungsreich wird das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen gesehen. Knapp ein Drittel der Bevölkerung (30%) geht von sehr starken, weitere 35 Prozent von „nicht so starken“ Konflikten aus. Unterschiedliche Kulturen und Religionen stoßen hier aufeinander und drohen Deutschland zum Konfliktfeld zu machen. „Die genannten Konflikte zwischen Christen und Muslimen, Ausländern und Einheimischen werden im Kern Integrationskonflikte sein“, so Professor Opaschowski.

Beruhigend ist bei der Bewertung künftiger Konfliktpotenziale lediglich die Tatsache, dass der Generationenkonflikt Jung/Alt (noch) keine größere Bedeutung (10%) hat. Das Problembewusstsein für die sozialen und ökonomischen Folgen der demographischen Entwicklung hält sich in Grenzen. Dafür sprechen die moderaten Antworten auf die Frage: „Aufgrund der Überalterung der Gesellschaft kommt es zunehmend zu Finanzierungsproblemen in der Renten- und Krankenversicherung. Glauben Sie, dass dies zu größeren Konflikten zwischen den Alten und den Jungen in unserer Gesellschaft führen wird, oder glauben Sie dies nicht?“

Diese Frage - erstmals im November 2000 bei 1.502 Wahlberechtigten durch das Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) erhoben - ergab auf dem Höhepunkt der öffentlichen Diskussion um Rentensicherung und Rentenreform eine breite Zustimmung (65%) für den Generationenkonflikt. In der aktuellen Repräsentativbefragung des B·A·T Freizeit-Forschungsinstituts zur gleichen Frage zwei Jahre später fallen hingegen die Antworten weniger dramatisch aus. Jetzt glauben nur mehr zwei von fünf Bundesbürgern (42%), dass es zu größeren Konflikten zwischen Jung und Alt kommt. Die Konfliktlage hat sich weitgehend entspannt.

GEHT DER SOZIALE KITT VERLOREN? DIE ZUKUNFTSSORGEN DER BEVÖLKERUNG

Beim Gedanken an die weitere Zukunft machen der Bevölkerung Probleme im zwischenmenschlichen Bereich am meisten Sorgen. Die Zukunftssorgen der Menschen konzentrieren sich auf die Frage: Geht der soziale Kitt verloren? Es ist kein Zufall, dass dabei die Angst vor Kriminalität (1999: 63% - 2002: 69%) dominiert, wobei auch die Angst vor Wohlstandsverlust mitschwingt. Die meisten Probleme aber werden im zwischenmenschlichen Umgang gesehen: Kritisiert werden Aggressivität (1999: 40% - 2002: 47%) und Egoismus (1999: 32% - 2002: 38%), Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit (1999: 27% - 2002: 34%) bis hin zu Herzlosigkeit und sozialer Kälte (1999: 42% - 2002: 52%). Die Folgen können Vereinsamung (1999: 20% - 2002: 27%) und soziale Ausgrenzung (1999: 19% - 2002: 27%) sein. Das gesamte soziale Netz, das die Menschen verbindet und auffängt, ist dadurch in Frage gestellt. Was hält die Menschen dann in Zukunft noch zusammen?

Beim Gedanken an die weitere Zukunft ist die Bevölkerung immer weniger hoffnungsvoll gestimmt. Verunsicherung breitet sich eher aus, seitdem nicht mehr klar ist, ob sich die Bürger sicher fühlen können oder nicht. Verunsicherung als Bedrohungsgefühl ist eine Folge von Geborgenheits- und Vertrauensverlusten – und das in einer Gesellschaft, in der bisher fast jeder sich selbst der nächste sein konnte. Im persönlichen Umgang spielt Vertrauenswürdigkeit eine immer größere Rolle. Die Sorge vor einer ungewissen Zukunft wächst und damit auch die Sehnsucht nach Sicherheit und Geborgenheit. Jeder zweite Bundesbürger (51%) ist der Meinung, „dass man den meisten Menschen nicht vertrauen kann“ (West: 50% - Ost: 55%). Das soziale Vertrauen, das Menschen zu ihren Mitmenschen empfinden, ist infragegestellt. Professor Opaschowski: „Vertrauensbildung wird zur größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts – im zwischenmenschlichen Umgang genauso wie in der internationalen Politik, in den weltweiten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, im Arbeits- und Geschäftsleben (z.B. in der Mitarbeitermotivation und Kundenbindung) und natürlich in der ganz privaten Kontaktpflege in Nachbarschaft, Freundeskreis und sozialem Netzwerk.“
Zwischen Wahlmüdigkeit und Politikerverdrossenheit:
Verlieren Jungwähler Interesse an der Politik?

Verliert die Politik ihre Kinder? Oder verlieren die Kinder ihre Lust an der Politik? Sind Jugendliche zunehmend partei- und politikerverdrossen? Oder sind sie nur wahlmüde, weil Politiker immer austauschbarer erscheinen und Parteien immer weniger für eine bestimmte Richtung stehen? Das B-A-T Freizeit-Forschungsinstitut ging in der aktuellen Repräsentativbefragung den Motiven der Nichtwähler auf den Grund. Die Frage, warum viele Bürger nicht mehr zur Wahl gehen, beantwortet jeder zweite Jungwähler im Alter von 18 bis 29 Jahren mit dem Hinweis, dass die Nichtwähler „grundsätzlich unzufrieden“ mit den Politikern und Parteien sind. Jeder Dritte (37%) nennt Desinteresse an der Politik (die übrige Bevölkerung nur 25%). Und zwei von fünf 18- bis 29-Jährigen glauben, „durch Wahlversprechen belogen zu werden.“ Nach ihrer Einschätzung muss es fast egal sein, ob man zur Wahl geht, weil die Stimme ohnehin „keinen Einfluss hat“ (31% - übrige Bevölkerung: 29%). Und ein Drittel der jungen Generation (33% - übrige Bevölkerung: 42%) meint zudem, dass Politiker heute „keine moralischen Vorbilder mehr“ sind. Und so kommen 36 Prozent der jungen Leute (wie die übrige Bevölkerung auch) zu dem enttäuschenden Ergebnis, dass „keine Partei den Vorstellungen entspricht“.

Vielleicht schwindet nicht das Interesse an der Politik, sondern nur das Interesse an „dieser“ Art von Politik-Präsentation, die den Staatsbürger zum Fernsehkonsumenten macht: Die Bühne der Politik ist heute immer weniger der Bundestag und immer mehr die Politinszenierung im Fernsehen. Ernste politische Sachverhalte werden popularisiert und kommerzialisiert. Aus der Wählerdemokratie kann so schnell eine Zuschauerdemokratie werden.

Technische Daten der Befragung
Konfliktfeld Deutschland

Anzahl und Repräsentanz:	Deutschland 2.000 Personen ab 14. Jahren
Zeitraum der Befragung:	23. bis 30. Mai 2002
Befragungsinstitut:	INRA Deutschland Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH, Mölln

Eine Zusammenfassung der Untersuchung „*Konfliktfeld Deutschland. Die Zukunftssorgen der Bevölkerung*“ ist gegen eine Schutzgebühr von 9,80 € beim Freizeit-Forschungsinstitut der British American Tobacco (Germany) GmbH, Alsterufer 4, 20354 Hamburg zu beziehen oder im Internet unter www.bat.de erhältlich. Die Dokumentation enthält die wichtigsten Übersichtstabellen und eine ausführliche Interpretation der Daten in Text und Grafik. Journalisten und Redaktionen stellen wir auf Wunsch ein Besprechungsexemplar kostenlos zur Verfügung.